

Der Anfang vom Ende der „Brandmauer“



Von **Andreas Rosenfelder**

Chefkommentator und Ressortleiter Meinungsfreiheit

Stand: 29.12.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



„Man begeht Selbstmord aus Angst vor dem Tod“: Juli Zeh

Quelle: Soeren Stache/dpa

Die „Brandmauer“ funktioniert nicht – urteilt die Schriftstellerin Juli Zeh, SPD-Mitglied, in der linken „taz“. Zugleich lädt der erfahrene Diplomat Wolfgang Ischinger die Partei wieder zur Münchner Sicherheitskonferenz ein. Es sind erste Signale für einen neuen Umgang mit der AfD.

S elten hat eine Metapher mehr Wirkmacht entfaltet als die „Brandmauer“. Eingeführt wurde das Sprachbild von der AfD selbst: Über deren Vize-Chef Hans-Olaf Henkel [berichtete der „Stern“](https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-vize-hans-olaf-henkel--der-wutbuerger-6300066.html) (<https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-vize-hans-olaf-henkel--der-wutbuerger-6300066.html>) 2014, er verstehe sich „als eine Art Brandmauer gegen rechtes Gedankengut“. Später kaperte die Konkurrenz den Begriff, um sich zum Bollwerk gegen die aufstrebende Protestpartei zu erklären.

Was aus der „Brandmauer“ folgt, ließ der suggestive Terminus (<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article246659838/AfD-Das-Problem-mit-dem-Wort-Brandmauer.html>) – wie es Metaphern an sich haben – im Vagen. Keine Koalitionen mit der AfD? Keine gemeinsamen Abstimmungen? Keine Gespräche? Oder gleich ein Parteiverbot? Im Lauf der Jahre wurde die Auslegung der „Brandmauer“ stetig verschärft, bis zum totalen Tabu, das nicht nur Politiker, sondern auch Mitglieder, Wähler und Sympathisanten der Partei betraf – und zuletzt alles, was der AfD irgendwie nützen könnte.

Setzt man allein dieses Kriterium an, dann gehört auch die „Brandmauer“ selbst auf den Index. Denn in ihrem Schatten ist die AfD gewachsen und gewachsen. Man muss den Trend der Umfragen nur ein wenig in die Zukunft verlängern, um zu erkennen, dass sich die „Brandmauer“, wenn es so weitergeht, von selbst erledigt – spätestens dann, wenn keine Regierungsmehrheiten ohne AfD mehr zu finden sind.

Der Begriff diente in letzter Zeit vor allem zum Ersticken von Diskussionen – indem, wie im Fall des Verbandes der Familienunternehmer (<https://www.welt.de/debatte/plus692d664746f39b6230ff6dd3/familienunternehmer-groesser-koennte-die-blamage-nicht-ausfallen.html>), mit maßlosen NS-Vergleichen gegen jene mobilisiert wurde, die sich auch nur an einen Tisch mit AfD-Vertreten setzen wollen. Doch hinter der AfD stehen Wähler. Ihnen wird durch solche Ausgrenzungen signalisiert: Ihr gehört nicht zu „unserer Demokratie“.

Die Schriftstellerin Juli Zeh („Unterleuten“) wohnt als SPD-Mitglied unter diesen Leuten, in einem Brandenburgischen Dorf mit 54 Prozent AfD-Wählerschaft. Sie kennt die Realität, die sich hinter der „Brandmauer“ verbirgt – und schildert sie der linken „taz“ in einem erhellenden Interview (<https://taz.de/Juli-Zeh-ueber-Nachbarn-die-AfD-waehlen/!6137251/>). „Ich glaube, wir haben momentan niemanden im Dorf, der mit seinen Meinungen außerhalb der Verfassung stünde“, erklärt Zeh den verdutzten Hauptstadtjournalisten. „Mein Eindruck ist, dass das ganz gut funktioniert“, sagt sie über den Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund im Dorf. „Die Leute, die AfD wählen, die wollen ja zum Teil sogar mehr Demokratie“, stellt sie fest. Und über die „Brandmauer“ sagt sie: „Man sollte nicht die eigenen Regeln und Grundsätze über Bord werfen, um einen politischen Gegner zu bekämpfen. Ich kann einfach nicht glauben, dass das funktioniert. Man begeht quasi Selbstmord aus Angst vor dem Tod.“

Differenzierung ist gefragt

Mit dieser Einschätzung steht die Juristin längst nicht mehr allein da. Der erfahrene Diplomat Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, hat entschieden, wieder Fachpolitiker der AfD einzuladen. Zwei Jahre lang waren sie auf dem Gipfeltreffen nicht erwünscht, was US-Vizepräsident J.D. Vance als Gastredner zum Anlass nahm (<https://www.welt.de/debatte/plus255443130/Umstrittene-Rede-Die-Wahrheit-des-J-D-Vance.html>), das deutsche Demokratieverständnis zu hinterfragen: „Demokratie beruht auf dem heiligen Prinzip, dass die Stimme des Volkes zählt. Es gibt keinen Platz für Brandmauern.“

Erleben wir den Anfang vom Ende der „Brandmauer“? Für die demokratische Debatte wäre es befreiend. Anstatt sich hinter einer Metapher zu verstecken, die Eindeutigkeit nur vorgaukelt, ist Differenzierung gefragt. Die Politik sollte die kritische Auseinandersetzung mit den Vertretern der AfD suchen – und sich selbstkritisch fragen, warum deren wachsende Wählerschaft „nicht das geringste Vertrauen in die herkömmlichen Parteien“ hat, wie Juli Zeh feststellt. Nur wer sich vorwagt hinter die „Brandmauer“, hat die Chance, diese Wähler zurückzugewinnen.